

Verträge gegen die Verzweigung

Sie 25 Jahren geht die Schweiz den bilateralen Weg – vier Aargauer debattierten darüber in Rapperswil.

Matthias Niederberger

Viele Wege führen nach Rom, heisst es im Volksmund. Auf die Schweiz bezogen könnte man sagen: Viele Wege führen nach Europa. Als Nicht-EU-Mitglied musste sie ihr Verhältnis zu den Nachbarstaaten stets neu definieren und Abkommen aushandeln. 1992 entschied sich das Stimmvolk gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). In der Folge schlug sie den bilateralen Weg ein, mit Verträgen im Jahr 1999 und 2004. Indem sie gewisse Initiativen annahm, wie jene der SVP gegen Masseneinwanderung, stellte sie die Bilateralen wiederholt auf Probe.

25 Jahre nach dem ersten Vertrag touren nun die Befürworter des bilateralen Wegs durch die Schweiz. Sie nutzen das Jubiläum, um für ihr Anliegen zu werben. Am Dienstag stoppten sie in Rapperswil bei der Urma AG. Umgeben von imposanten Maschinen diskutierte Moderator und AZ-Chefredaktor Fabian Hägler mit vier Aargauern über das Verhältnis der Schweiz zu Europa. Es waren dies Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli (SP), Christian Rüegg, Direktor des Paul Scherrer Instituts (PSI), Natio-

nalrat Andreas Meier (Mitte) und Grossrat Yannick Berner (FDP).

Berner arbeitet selbst für die Urma, das Unternehmen gehört seiner Familie. Als die Schweiz 1992 den EWR-Beitritt ablehnte, war er erst einige Monate auf der Welt und zum Zeitpunkt der Bilateralen-Abstimmungen noch ein Kind. «Ich habe erst später mitbekommen, wie Unternehmen von den Verträgen profitieren und wie wichtig sie für unseren Betrieb sind.» Ihre Präzisionswerkzeuge exportiert die Urma hauptsächlich ins Ausland – am meisten davon in EU-Staaten. «Die EU ist unser wichtigster Markt. Umgekehrt profitieren wir auch von Arbeitskräften aus diesen Ländern», sagte Berner. Die bilateralen Verträge seien in diesem Zusammenhang essenziell.

Meier wehrt sich gegen die «Verzweigung» der Schweiz

Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli, der gut zwei Jahrzehnte älter ist als Berner, hat das EWR-Nein politisiert, wie er am Montag sagte: «Ich war damals sehr enttäuscht.» Mit den Bilateralen habe man später zwar doch noch eine gute Lösung gefunden, «aber wir hätten uns das Leben einfacher machen können.»



Von links nach rechts: Christian Rüegg, Dieter Egli, Fabian Hägler (Moderator), Andreas Meier und Yannick Berner diskutierten über die bilateralen Verträge.

Bild: Dlovan Shaheri

Laut Egli profitiert der Aargau als Industriekanton stärker als andere Kantone von den bilateralen Verträgen.

Nationalrat Andreas Meier erinnerte sich ebenfalls an den Moment, als die Schweiz den EWR-Beitritt ablehnte: «Ich habe allen in meinem Umfeld zu erklären versucht, wie wichtig ein Beitritt ist.» Als das Stimm-

volk 2004 die Bilateralen II angenommen habe, sei er am Tag des Inkrafttretens sogleich mit einem beladenen Lieferwagen an die Grenze gefahren: «Ich war wohl einer der ersten, der von dieser gegenseitigen Vereinbarung profitieren konnte.» Für Meier steht fest: «Die Bilateralen haben mein Leben geprägt.» Es sei wichtig, dass sich Schwei-

zer Unternehmen international ausrichteten und sich nicht nur am inländischen Markt orientierten. Meier sprach von einer «Verzweigung», die es abzuwenden gelte.

PSI-Direktor Christian Rüegg profitiert als Forscher auf andere Art von den bilateralen Verträgen. Er wies darauf hin, wie wichtig sie für die Wissen-

schaft sind. Der internationale Wettbewerb in der Forschung sei enorm. Für ein kleines Land wie die Schweiz seien internationale Forschungsprogramme wie «Horizon» die einzige Möglichkeit, nicht abgehängt zu werden. Das dürfe man nicht aufs Spiel setzen: «Vielleicht müssen wir von der Forschung in künftigen Abstimmungskämpfen lauter sein.»

Berner will die Bevölkerung auch emotional abholen

Wie sich das Verhältnis der Schweiz zur EU entwickeln wird und wie es mit den bilateralen Verträgen weitergeht, ist alles andere als klar. Das Rahmenabkommen ist vorerst gescheitert, nun verhandelt die Schweiz erneut über eine Weiterentwicklung der Bilateralen. Abschottung ist keine Option – darin waren sich am Dienstag alle einig.

Gastgeber Yannick Berner sagte zum Schluss, man müsse aus den vergangenen aussenpolitischen Abstimmungen lernen. Es gelte, die Vorteile der Bilateralen transparenter zu machen. Für viele seien sie zu einer Selbstverständlichkeit geworden: «Es reicht nicht, wenn wir nur mit Fakten argumentieren. Wir müssen die Leute auch emotional abholen.»